Karlsruhe mit LINKS.

DIE LINKE.
Kreisverband Karlsruhe

Liebe Karlsruher*innen,
die gesellschaftlichen Krisen spitzen sich immer weiter zu: Krieg in Europa, inflationär bedingte Preissteigerungen, die immer spürbarer werdenden Folgen der Klimakrise, eine sich weiter vergrößernde Schere zwischen Arm und Reich und nicht zuletzt ein erschreckendes Erstarken der rechten Parteien. Wir als DIE LINKE sind überzeugt:
Es braucht entschiedene Maßnahmen zur Entlastung der Mehrheit und eine grundsätzliche Veränderung für soziale Gerechtigkeit und eine solidarische Gesellschaft.
Auch hier in Karlsruhe müssen die globalen Krisen und der beispiellose Rechtsruck zu Konsequenzen im politischen Handeln führen. Es braucht jetzt dringend Maßnahmen gegen hohe Mieten, Energie- und Lebensmittelpreise, um die Reichtumsverteilung von unten nach oben umzukehren. Wir wollen die Weichen für ein lebenswertes, klimaresilientes und sozial gerechtes Karlsruhe stellen.
Wir stehen dabei an der Seite all derjenigen, die sich für ein soziales und ökologisches Karlsruhe engagieren: von Gewerkschaften, feministischen, queerpolitischen, antifaschistischen sowie antirassistischen Gruppen über Klimaschutz- und Umweltorganisationen, Erwerbslosen- und Friedensinitiativen bis hin zu den Ehrenamtlichen in den Sport- und Bürgervereinen, Sozialverbänden oder in der Flüchtlingsarbeit.
DIE LINKE verbindet die Arbeit im Gemeinderat mit Engagement in außerparlamentarischen Initiativen und Bewegungen. Wir wollen keine Stellvertreter*innenpolitik im Parlament machen, sondern gemeinsam vor Ort etwas bewegen. Wir möchten den Interessen benachteiligter Gesellschaftsgruppen Gehör verschaffen, demokratische Teilhabe für alle einfordern und gemeinsam eine sozial-ökologische Entwicklung in allen Gesellschaftsbereichen erkämpfen.
Wir streiten für eine vielfältige, inklusive und nachhaltige Stadt. Dazu gehört bezahlbarer Wohnraum, ausreichend gute und sichere Arbeitsplätze, gute Schulen und kostenfreie Kindertageseinrichtungen, eine intakte Umwelt, ein funktionierendes Gesundheitssystem, geringere Verkehrsbelastung und ein gut ausgebautes Nahverkehrssystem mit günstigen Fahrpreisen sowie bezahlbare Kultur- und Sportangebote.
Gemeinsam mit Euch möchten wir gegen das „weiter so!“ streiten – gegen Ausbeutung von Mensch und Umwelt, gegen Armut, gegen soziale Ausgrenzung, und gegen Rassismus.
Unsere Vision ist ein soziales und solidarisches Karlsruhe.
Zusammen können wir Karlsruhe verändern. Davon sind wir überzeugt.

Inhaltsverzeichnis

Karlsruhe als Sorgende Stadt	2
Karlsruhe als Stadt der kurzen Wege	3
Gemeinsam gegen Mietenwahnsinn und Wohnungsnot	4
Klimaschutz priorisieren statt wegsparen	5
Stadtgrün schützen – Platanen retten!	5
Bildungswende jetzt!	6
Kultur erleben - Kultur ermöglichen!	6
Her mit der Vier-Tage-Woche!	7
Gewerkschaftsratschlag	7
Kämpfen lohnt sich - über das Streikjahr 2023	8
Revolution oder Quark?	8
Das Mietcamp des SDS	9
Ist Karlsruhe ein sicherer Hafen?	9
Solidarität statt rechter Hetze!	10
Armutskonferenz	10
“...und wer soll das alles bezahlen?”	11
Misch dich ein!	12

Karlsruhe als Sorgende Stadt

Was wäre, wenn Karlsruhe uns allen gehören würde? Wenn unser Wohlbefinden im Zentrum stünde? Wenn wir uns als Kinder frei entfalten und später zufrieden alt werden könnten? Was wäre, wenn wir wohnen könnten, wie und wo wir wollen, wenn wir uns frei in der Stadt bewegen könnten? Und was wäre, wenn wir das alles selbst in der Hand hätten? Leider sieht die Realität anders aus: Städtische Einrichtungen und Strukturen werden weiter abgebaut. Der freie Markt ersetzt diese Angebote nur begrenzt und zu teuer. Gesundheitsbereich und Wohnungsmarkt werden auch in Karlsruhe weiter privatisiert. Immer mehr Aufgaben – bei der Kinderbetreuung, Bildung, Pflege und der Gesundheitsversorgung – müssen privat übernommen werden. Wir sind der Überzeugung, dass eine andere Welt nicht nur möglich, sondern mit Blick auf die Krisen unserer Zeit dringend nötig ist. Mit Karlsruhe als Sorgender Stadt wollen wir einen Schritt in diese Richtung gehen.

Was ist eine Sorgende Stadt?

Sie ist die Vision einer Stadt, in der das Leben und die Bedürfnisse aller Bürger*innen im Zentrum stehen. Sie zeichnet sich durch eine verlässliche, gemeinwohlorientierte Sorge-infrastruktur aus. In der Nähe der eigenen Wohnung befinden sich Schulen und Kitas, Arztpraxen, Freizeitangebote, öffentliche Plätze und Parks. Straßen und Parks sind so gestaltet, dass Frauen und queere Menschen im Dunkeln keine Angst vor Gewalt haben müssen. Alle Menschen haben ein Dach über dem Kopf und Mieten sind für alle bezahlbar. Eine solche Stadt ist immer eine **Stadt der kurzen Wege.** Alles kann bequem zu Fuß, per Rad, Bus oder Bahn erreicht werden. Der Nahverkehr ist kostenfrei und zuverlässig.

Eine Stadt für Alle

Alle können diese Angebote nutzen, **unabhängig vom eigenen Geldbeutel,** vom kulturellen oder religiösen Hintergrund, von Geschlecht, Sexualität oder Bildungsgrad. Die Stadt ist **barrierefrei** und ermöglicht gleichberechtigte Teilhabe. Das beginnt bei Rampen an und Fahrstühlen in Gebäuden. Es gibt Bänke im Schatten, Trinkwasserbrunnen, inklusive Spielplätze, damit Kinder mit und ohne Behinderungen zusammen spielen können. Es gibt reizarme Rückzugsorte. Eine „Stille Stunde“ in Supermärkten, in der das Licht gedämpft und die Musik abgestellt werden, erleichtern das Einkaufen.

Die Rolle der Sorgearbeit

Die Verteilung von Sorgearbeit nimmt eine zentrale Rolle ein. Damit ist die Arbeit gemeint, die im Rahmen von Kinderbetreuung oder der Pflege von Angehörigen stattfindet. Fehlende öffentliche Infrastrukturen und soziale Dienst-leistungen müssen durch private Arbeit ersetzt oder teuer bezahlt werden. Die Sorgende Stadt antwortet auf konkrete Bedürfnisse von Menschen und setzt gleichzeitig an grundlegenden Strukturen an.

"Dass es bei sozialen Dienstleistungen an allen Ecken und Enden fehlt, ist kein Zufall." - Tanja Kaufmann

Denn Sorgearbeit taucht im Kapitalismus meist nur als Kostenfaktor auf, der der Profitmaximierung im Wege steht. Diese Arbeit wird immer noch vor allem von Frauen und weiblich gelesenen Menschen übernommen. Sie ist meist unbezahlt, ein gleichzeitiger Vollzeitjob ist aber oft nicht möglich. So sind Menschen mit großer Sorge-verantwortung öfter von Altersarmut betroffen. Krisen, niedrige Löhne, steigende Mieten treffen sie noch härter. So treffen Kapitalismus und patriarchale Abwertung von Frauen* aufeinander. In einer Sorgenden Stadt läge diese Arbeit nicht mehr in privater, sondern in gesellschaftlicher Verantwortung. Es gäbe z.B. ausreichend Nachbarschaftszentren, in denen man ohne bürokratische Hindernisläufe Unterstützung bekommen kann, sei es in Form von Assistenz im alltäglichen Leben, bei der Kinderbetreuung oder der Pflege.

Klingt nach Utopie?

Mag sein. Aber in kleinen Schritten kann sie Wirklichkeit werden. Andere Städte machen es vor: In Barcelona liegt Sorgearbeit im Zentrum einer kommunalen Wirtschaftspolitik. Es werden Familienzentren und Krippen gebaut. Eine „Care-Karte“ entlastet Menschen mit häuslicher Sorge-verantwortung. Sie garantiert den Zugang zu städtischen Sorge-infrastrukturen und sozialen Diensten. Die Selbstorganisierung von Menschen in Mehrgenerationenhäusern wird unterstützt.
In Madrid werden Initiativen unterstützt, die zum Beispiel nachbarschaftliche Beziehungen und soziale Netzwerke stärken. Spielplätze werden zum integralen Teil eines Stadtplatzes oder Parks. Gibt es dort gleichzeitig Angebote für andere Generationen und Interessensgruppen, kommen Eltern, Nachbar*innen und ältere Generationen in Kontakt.
In Chile wurden in Selbstorganisation von Nachbar*innen Apotheken eingerichtet, in denen Medikamente weit unterhalb des Marktwerts angeboten werden. In Argentinien wird eine von Räumung bedrohte Siedlung zu einem voll angebundenen Stadtteil mit Wasseranschluss, Kanalisation und sozialer Infrastruktur mit Schulen, Parks und Sportplatz ausgebaut.

Und in Deutschland?

Auch in Deutschland entwickelt sich Selbstorganisation rund um das Sorge-Thema. Das reicht von der Vernetzung mietenpolitischer Initiativen z.B. in Berlin, über gemeinwohlorientierte Pflege wie mit einem Care-Rat in Freiburg.
Wir wollen als Karlsruhe eine Vorreiterrolle einnehmen und das Konzept der Sorgenden Stadt ins Zentrum einer feministischen Stadtentwicklung stellen.

- Franziska Buresch

Karlsruhe als Stadt der kurzen Wege

In einer Stadt der kurzen Wege sind tägliche Strecken so kurz wie möglich: Arztpraxen, Einkaufsmöglichkeiten, Spielplätze, Grünanlagen, Kindertagesstätten und Schulen - alles ist bequem zu Fuß, mit dem Rad oder Bus und Bahn erreichbar. Während das in der Innenstadt schon eher der Fall ist, sind Strecken wie Durlach-Ettlingen oder Waldstadt-Nordstadt eine Odyssee. Das Auto scheint alternativlos zu sein. Deswegen braucht es dringend einen Ausbau sowohl inner- als auch außerhalb des Kerns. Gebiete, in denen man für einen kurzen Einkauf beim Bäcker in ein Auto steigen *muss*, darf es nicht geben.
In einer Stadt der kurzen Wege geht es nicht darum, Autos zu verbieten. Es geht darum, die Möglichkeit zu schaffen, Strecken bequem zu Fuß zurücklegen zu können oder mit der Bahn von A nach B zu kommen, ohne nach einem Fahrtausfall 40 Minuten auf die nächste warten zu müssen. Gerade auch für die immer älter werdende Bevölkerung braucht es dringend ein Umdenken. Mobilität ist Bewegungsfreiheit und Voraussetzung, um am gesellschaftlichen Leben teilnehmen zu können.

Gut zu Fuß durch Karlsruhe

Das beginnt bereits bei den Fußwegen. Gehende Menschen beleben Straßen und Plätze. Sie nutzen Geschäfte und Gastronomie. Um das zu stärken, braucht es Maßnahmen, um Gehwege attraktiver zu gestalten: z.B. mehr Zebrastreifen und sichere Möglichkeiten, Straßen zu überqueren. Aber auch baulich getrennte Rad- und Fußwege muss es geben, sodass der Straßenverkehr **für alle Gruppen sicherer** wird. Bereits bestehende Fußgängerzonen müssen dabei attraktiver werden. Eine Kaiserstraße ohne Platanen, ein Markt- oder Europaplatz völlig ohne Grün dürfen keine Normalität sein.

Unterschriften sammeln für den Fuß- und Radentscheid Karlsruhe

Luft nach oben ist noch viel!

Zwar liegt Karlsruhe im ADFC Fahrradklima-Test auf Platz 2, eine gute Note erhalten wir mit 3,0 aber nicht. Ein Blick in die Niederlande zeigt, wie man es machen kann. Dort wird Radverkehr priorisiert, wodurch viel mehr Menschen mit ihren Rädern unterwegs sind. Die Möglichkeiten sind groß: Fahrradstraßen müssen Vorfahrt haben und zu echten Fahrradstraßen ohne Autos werden, Gewerbegebiete müssen besser angebunden werden.
Mit der Sophienstraße begrüßen wir die Kampagne von Fridays for Future und arbeiten daran, die Umsetzung voranzutreiben. Es ist fatal, dass der Fuß- und Radentscheid im Gemeinderat aufgrund rechtlicher Bedenken abgeschmettert wurde.

"Wir stehen weiterhin hinter dem Fuß- und Radentscheid."
- Serena Schmidt

Die große Leistung der Organisator*innen von über 17.000 Unterschriften muss gewürdigt werden und darf von der Verwaltung nicht ignoriert werden!

Bus und Bahn bezahlbar und gut ausgebaut

12 Jahre lang wurde an der kürzesten U-Bahn Deutschlands gebaut. 1,5 Millliarden Euro wurden versenkt und belasten nun den Haushalt. Damit das Geld nicht in ein reines Prestige-Projekt investiert wurde, müssen **Bus und Bahn dringend attraktiver** werden. Doch die geplanten (oder nicht geplanten) Maßnahmen der Stadt führen eher zum Gegenteil: Der Streckenausbau wird auf Eis gelegt, zum Herbst wurden die Ticketpreise auf 3,10 Euro pro Einzelfahrt erhöht. Bus und Bahn sind unzuverlässig, da der Personalmangel immer wieder zu Zugausfällen führt. Höhere Löhne oder bessere Arbeitsbedingungen, die dem entegegen wirken würden, will die Stadt nicht angehen. Deshalb unterstützen wir ausdrücklich die hinter uns liegenden Streiks bei der EVG sowie die anstehenden Verhandlungen im Tarifvertrag-Nahverkehr. So wie wir die Streikenden bisher u.a. mit Kaffee und Tee unterstützt haben, werden wir das auch zukünftig tun. Wir sind der festen Überzeugung, nur wenn die Beschäftigten und die Bürger*innen an einem Strang ziehen, werden Bus und Bahn nachhaltig verbessert - und das kommt uns schließlich allen zu Gute.
Ein Nahverkehr, den man gerne nutzt, muss nicht nur schnell, sondern auch kostenfrei sein. Kurzfristig darf es keine Preiserhöhungen geben und das Deutschlandticket muss für Karlsruher Pass-Inhaber*innen günstiger sein. Letzteres konnten wir im Gemeinderat per Antrag bereits forcieren, umgesetzt ist es aber bisher nicht. Insgesamt müssen **Bus und Bahn jedoch kostenfrei** werden, denn nur so wird er massentauglich. Das 9-Euro Ticket machte das deutlich.

Damit dann infolge steigender Fahrgastzahlen die Wägen nicht überfüllt sind, muss parallel die Taktung deutlich erhöht werden!
Für eine echte Verkehrswende hat Karlsruhe noch einen langen Weg vor sich. Die Preise sind zu hoch, Fuß- und Radverkehr wird vernachlässigt und Bestrebungen nach Verbesserung werden oft nur belächelt. Deshalb rufen wir dazu auf: **Werdet laut, beschwert euch, demonstriert zusammen mit der Klimabewegung und den Gewerkschaften** und vor allem: Unterstützt die kommenden Streiks!

- Johannes Schmidt

Gemeinsam gegen Mietenwahnsinn & Wohnungsnot!

Gute, bezahlbare Wohnungen für Alle

– das muss das Ziel kommunaler Wohnungspolitik sein. Die Realität sieht jedoch anders aus: **Für viele Menschen ist Wohnen in Karlsruhe kaum noch bezahlbar**. Nicht selten bezahlen Mieter*innen über 40% bis hin zur Hälfte ihres Einkommens allein für ein Dach über dem Kopf. Für eine durchschnittlich große 3-Zimmer-Wohnung wird auf dem Wohnungsmarkt inzwischen um die 1000 Euro Kaltmiete gefordert.
Zwischen 2015 und 2019 sind die Mieten in Baden-Württemberg um über 22% gestiegen, die Inflation erschwert die Situation der Mieter*innen in den vergangenen Jahren noch zusätzlich.

Was hingegen sinkt: Die Zahl der Sozialwohnungen

Die Anzahl der Menschen in Karlsruhe, die Anspruch auf einen Wohnberechtigungsschein und somit geförderten, bezahlbaren Wohnraum haben, ist groß und wächst weiter, doch die Wohnungen sucht man vergebens. Gerade mal 3751 Sozialmietwohnungen gab es im Jahr 2022 in Karlsruhe – das entspricht nur 2,3% des gesamten Wohnnungsbestandes. Währenddessen warten rund 11.000 Menschen auf der Warteliste der Volkswohnung auf geförderten Wohnraum. Derzeit wird trotz der Wohungsnot kaum gebaut – **die kommunalen Mittel für öffentlich geförderten Wohnungsbau sollen sogar reduziert werden.**

Die Wohnungspolitik ist völlig fehlgesteuert

Die Stadt hat Grund und Boden jahrelang vor allem an private Investoren verkauft.
Ein Beispiel dafür ist die Süd-Ost-Stadt. Auch die Volkswohnung hat den privaten Wohnungsbau lange unterstützt und erst in den vergangenen Jahren wieder begonnen, Sozialwohnungen zu bauen. Angesichts der gestiegenen Baupreise und Kreditzinsen werden aber gerade kaum noch Neuprojekte durchgeführt. Selbst für private Investoren lohnt es sich derzeit nicht.

"Wir wollen auf eine gemeinwohlorientierte Wohnungspolitik umsteuern, die nicht von Spekulationen und Profitinteressen getrieben wird." - Mathilde Göttel

Schluss mit der Privatisierung von Grundstücken! Die Stadt darf Grundstücke – wenn überhaupt – nur in Erbpacht abgeben. Statt weiter städtischen Grund an private Investoren zu verkaufen, muss die Stadt selber auf ihren eigenen Grundstücken Wohnungen zu günstigen Mietpreisen schaffen oder Genossenschaften und andere gemeinwohlorientierte Wohnungsbauträger durch vergünstigte Vergabe städtischer Grundstücke für sozialen Wohnungsbau unterstützen.

MdB Caren Lay liest in Karlsruhe aus ihrem Buch "Wohnopoly"

Großen Wohnungskonzernen muss ein Riegel vorgeschoben und spekulativer Leerstand bekämpft werden. Mietpreissteigerungen bei der Volkswohnung treten wir entgegen
Die von der Stadt Karlsruhe verlangten Abgaben von der Volkswohnung in Millionenhöhe verschärfen den Zustand auf dem Wohnungsmarkt.
DIE LINKE setzt sich im Gemeinderat seit Jahren für Mieter*innen ein: für eine Erhöhung der Sozialwohnungsquote, die Einrichtung eines sozialen Wohnungsfonds oder auch die Einführung eines Leerstandkatasters. Wir fordern unter anderem, dass Zweckentfremdung und Mietwucher stärker kontrolliert und geahndet werden. Mit ersten Erfolgen: Die von der LINKEN Fraktion durchgesetzte „Soziale Erhaltungssatzung“ für die Südstadt erschwert Luxussanierungen oder die Umwandlung von Mietwohnungen in Eigentum. Und wir werden auch in Zukunft an der Seite der Mieter*innen stehen. Wir streiten zum Beispiel für eine Sozialbindung von mindestens 50% der Neubauwohnungen mit langjähriger Mietpreisbindung beim Neubau von Mietshäusern, für eine soziale Quartiersentwicklung und für verstärkte Maßnahmen zur Bekämpfung der Wohnungslosigkeit.

Neue Wege im Kampf gegen die Wohnungsnot

Für Karlsruhe fordern wir eine kommunale Wohnraum-Tauschbörse mit Mietgarantie. So kann verhindert werden, dass z.B. allein lebende Senior*innen in viel zu großen Wohnungen bleiben, weil sie sich die Neuanmietung einer kleineren, passenderen oder barrierefreien Wohnung nach dem explosiven Anstieg der Mieten nicht mehr leisten können. Im Gegenzug wird Wohnraum frei, der wiederum von Familien händeringend gesucht wird.

Wir stehen für einen Kurswechsel in der Wohnungspolitik, denn Wohnen darf kein Luxus sein!
- Anne Berghoff

MIET€N RUNTER.

Klimaschutz priorisieren statt wegsparen!

MIt Unterstützung unserer Fraktion im Gemeinderat wurde das Karlsruher Klimaschutzkonzept 2030 beschlossen. Die Dringlichkeit des Klimaschutzes auf kommunaler Ebene wird oft betont, doch auf konsequente Umsetzung warten wir vergeblich. Im Gegenteil: Die aktuellen Sparmaßnahmen der Stadt sehen sogar Kürzungen vor. Dem stellen wir uns entgegen: Auch wenn die Stadt deutlich vom Kurs abgekommen ist, kämpfen wir dafür, dass Karlsruhe **schnellstmöglich klimaneutral** wird. Und das ist möglich! Mit gezielten Investitionen in den Klimaschutz. Karlsruhe muss die Erzeugung fossiler Energie beenden. Wir fordern die Unterstützung von Bürgerenergie-genossenschaften zur Erzeugung erneuerbarer Energie und die Installation von Solaranlagen auf städtischen Dächern. Außerdem muss das Fernwärmenetz ausgebaut und ein tragfähiges Konzept zur Nahwärme-versorgung entwickelt und umgesetzt werden. Beim Bauen müssen Sanierung und Nachverdichtung Priorität vor Abriss und Neubau oder der Versiegelung weiterer Flächen haben – Karlsruhe muss dringend ein Bewusstsein für Ressourcenschonung entwickeln.

Klimaresiliente Stadt – ein lebenswertes Karlsruhe für Alle.

Bei keinem anderen Thema sind sich die Klimaforscher*innen so einig wie bei der Vorhersage, dass wir künftig regelmäßig Extremwetterereignissen ausgesetzt sein werden. Karlsruhe ist eine der heißesten Städte Deutschlands. Und Hitze bedeutet vor allem für Kinder, ältere Menschen und Menschen mit Behinderungen ein ernsthaftes Gesundheitsrisiko. Hitzewellen beeinträchtigen die Lebensqualität in unseren Städten, denn sie sind aufgrund ihres hohen Versiegelungs-grades besonders von Extremtemperaturen betroffen. Das Wohl der Bürger*innen, die mit den klimatischen Nachteilen enger Bebauung und versiegelter Flächen zurechtkommen müssen, ist uns ein besonderes Anliegen. Betroffen sind nachweislich hauptsächlich einkommensschwache Bürger*innen.

Stadtgrün und Wasser bringen Schatten und Feuchtigkeit in die Stadt

So können die lokalen Temperaturen um mehrere Grad gesenkt werden. Karlsruhe hat aber z.B. bei der Neugestaltung des Marktplatzes weder Begrünung noch den dringend notwendigen Schatten bedacht und auch die Pläne für die Neugestaltung des Europaplatzes sehen keine nennenswerte Begrünung vor. Durch die Fällung der Platanen verliert die Innenstadt in den kommenden Jahren sogar noch weiteres Grün und Schatten. **Die Innenstadt wird zur Steinwüste.**

Wir möchten in Karlsruhe ein Klimaanpassungskonzept erarbeiten und umsetzen – für eine klimaresiliente Stadt! Ein Kernpunkt ist die Rückeroberung versiegelter Böden - für öffentliches Grün. Dafür müssen an anderer Stelle Parkplätze oder Straßen eingespart werden, was zwingend ein Umdenken bei der Priorisierung verkehrs-baulicher Maßnahmen erfordert. Es werden noch zu viele Ressourcen an Projekte verschwendet, die ausschließlich dem Autoverkehr zugute kommen.

"Wir müssen neu aushandeln, wie lebenswerte Städte aussehen sollen" - Christina Zacharias

Die Kosten für kommunale Klimaschutz-maßnahmen dürfen nicht auf die Bürger*innen abgewälzt werden – **wir fordern die Verursacher zur Kasse!**

DIE LINKE kämpft für einen sozialen und ökologischen Systemwechsel. Dabei stehen wir an der Seite der Klimabewegung und gehen mit ihr auf die Straße.

- Anne Berghoff

Stadtgrün schützen – Platanen retten!

Die hochgewachsenen Platanen in der Kaiserstraße sind angesichts ihrer für das Stadtklima bedeutenden Stellung unbedingt zu erhalten.Nicht nur, dass sie direkten Schatten spenden und der Aufheizung des Straßenraums entgegenwirken, sie verbessern durch ihre Sauerstoffproduktion auch die Stadtluft und das Stadtklima und tragen damit zu einer erhöhten Aufenthaltsqualität in der Kaiserstraße bei.

Im Karlsruher Gemeinderat verteidigt DIE LINKE. die Platanen seit jeher vehement und wir werden auch künftig nicht locker lassen. Denn bis die geplanten, nachgepflanzten Bäume eine solche Größe entwickeln, können Jahrzehnte vergehen. Um wieder auf eine insgesamt ausreichende Anzahl an Bäumen in der Kaiserstraße zu kommen, sprechen wir uns für eine Nachbepflanzung durch Zürgel- oder andere Bäume bei Erhalt der Platanen aus.
Wir unterstützen alle Forderungen nach dem Erhalt der Bäume und nach mehr Grün im Stadtbild. Beides ist mit Blick auf die steigenden Hitzerekorde und im Kampf gegen die Klimakrise unerlässlich. Die Betonwüste Marktplatz zeigt als Negativbeispiel deutlich, wie wichtig natürliches, schattenspendendes Grün gerade auch im Sommer ist.

Bildungswende jetzt!

Wir erleben aktuell eine der schwersten Bildungskrisen. Ein enormer Fachkräftemangel stößt auf ein Bildungssystem, das **veraltet, unterfinanziert und sozial ungerecht** ist. Kinder aus einem nichtakademischen Haushalt oder aus einer Familie mit Migrationshintergrund werden systematisch benachteiligt. Marode Schulen und zu wenig Personal verschärfen die Bildungskrise weiter. Wir unterstützen deswegen die Forderungen der Initiative „Bildungswende Jetzt!“. Es braucht dringend ein Umdenken im Bereich Bildung. Mit einem Sondervermögen können Schulen saniert und die Löhne für Lehrkräfte und Erzieher*innen erhöht werden. Darüber hinaus muss aber auch das Schulsystem überdacht werden. Durch die frühe Aufteilung der Kinder werden ihnen Chancen vorenthalten. Auch auf kommunaler Ebene setzen wir uns für ein solidarisches und gemeinsames Lernen ein. Dazu zählen eine beitragsfreie Verpflegung der Schüler*innen und eine entgeltfreie Betreuung der Kinder auch nach 16:00 Uhr. Denn **Bildung ist ein Menschenrecht und kein Privileg!**

Kitastrophe beenden!

Kitas sind ein wichtiger Bestandteil der frühkindlichen Bildung. Gleichzeitig kostet ein Kita-Platz derzeit bis zu 383 Euro in Karlsruhe - für uns völlig inakzeptabel! Bereits 2019 gab es ein Volksbegehren für gebührenfreie Kita-Plätze, an dem auch wir beteiligt waren. Es wurde allerdings von der Landesregierung für unzulässig erklärt und von Ministerpräsident Kretschmann sogar persönlich abgelehnt. Das verdeutlicht einmal mehr, dass sich die grün-schwarze Landesregierung nicht für die Entlastung von Familien und Alleinerziehenden interessiert.

Bessere Bedingungen für Erzieher*innen

In Karlsruhe setzen wir uns für ein **kostenfreies und inklusives** Bildungssystem ein. Die geplanten Gebührenerhöhungen, bei gleichzeitiger Einschränkung von Öffnungszeiten und Verschlechterung des Personalschlüssels, sind in unseren Augen ein Skandal! Für uns steht fest: Der Besuch einer Kindertagesstätte muss von der Kommune gewährleistet werden. Deshalb ist die Gebührenfreiheit der Kitas und Krippen nach wie vor eines der wichtigsten Ziele LINKER Kommunalpolitik.
Gleichzeitig müssen pädagogische Berufe deutlich aufgewertet werden: **Fachkräfte müssen besser entlohnt** und entlastet werden - die Tätigkeit muss endlich angemessen wertgeschätzt werden!

- Jean-Paul Marienfeld

Kultur erleben - Kultur ermöglichen!

Kultur muss zugänglich für alle Karlsruher*innen sein

Der Zugang zu Kunst und Kultur darf nicht vom Geldbeutel und sozialer Situiertheit abhängen. Gleichzeitig müssen Kunst- und Kulturschaffende in Karlsruhe gute Lebens und Arbeitsbedingungen vorfinden. Derzeit dominieren im Kultursektor prekäre Beschäftigungsverhältnisse durch projektbezogene Aufträge, eine geringe soziale Absicherung und Löhne oftmals unterhalb der Existenzsicherung. Gerade der Kulturbereich hat unter der Corona-Pandemie extrem gelitten und bräuchte jede erdenkliche Unterstützung. Doch insbesondere die Freie Kultur wird nur zu gerne wie das ungeliebte Stiefkind behandelt. Für den Doppelhaushalt 2024/2025 schlug die Stadtverwaltung gar eine pauschale Mittelkürzung von 1,5% in allen Bereichen vor. Und das zu einer Zeit, in der die finanziellen Nachwirkungen der Pandemie noch spürbar sind und die Inflation die Kosten explodieren lässt. Unsere LINKE Gemeinderatsfraktion hat sich dem mit aller Kraft entgegengestellt und die Forderungen des Kulturring e.V. nach einer Erhöhung der Zuschüsse für die Institutionen der Freien Kultur unterstützt. Wir setzen uns außerdem dafür ein, dass Zuschüsse für Kultureinrichtungen dynamisiert werden - eine automatische Anpassung in der Höhe des Anstiegs des Verbraucherpreisindexes.

Kultur braucht Räume

Die Stadt muss Kulturschaffende und Kunstwerkstätten durch die Vermittlung preiswerter Räumlichkeiten unterstützen. Hier wird nur zu gerne der Taschenrechner ausgepackt, die Wirtschaftlichkeit errechnet und Kunst und Kultur gegen Wohnen und Gewerbe ausgespielt. Das darf nicht sein.

"Karlsruhe braucht Kultur. Und Kultur braucht Karlsruhe."
- Karin Binder

Kultur ist eine Pflichtaufgabe der Kommune, denn nur mit einer vielfältigen, zugänglichen Kulturlandschaft kann Karlsruhe eine attraktive und lebenswerte Stadt sein. Eine soziale Preispolitik bei allen Kultureinrichtungen und ein breites Angebot von kostenlosen oder zumindest kostengünstigen Kulturveranstaltungen ist nur dann möglich, wenn der Kulturbereich die ihm zustehende Unterstützung erhält. So wird Kultur für Menschen aller Alters- und Einkommensgruppen erfahrbar – und das ist unser Ziel.

Her mit der Vier-Tage-Woche!

Nach Jahrzehnten weitgehenden Stillstands in der Arbeitszeitpolitik überschlagen sich nun die Nachrichten: Von Island über Großbritannien bis Spanien experimentieren immer mehr Unternehmen, Nichtregierungs-organisationen (NGOs) und öffentliche Dienststellen erfolgreich mit der Vier-Tage-Woche. Auch in Deutschland soll ein Feldversuch in der Privatwirtschaft kommen. Vor allem aber geht die **IG Metall** einmal mehr mit gutem Beispiel voran und wird in der kommenden Tarifrunde der Stahlindustrie den **Kampf um die 32-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich** führen. Für uns als demokratische Sozialist:innen ist klar: wir stehen solidarisch an der Seite unserer Kolleg:innen und setzen uns auf allen Ebenen für Arbeitszeit-verkürzungen bei vollem Personal- und Lohnausgleich ein!
Es gibt viele gute Gründe für die Einführung einer Vier-Tage-Woche: sinkende Krankenstände, steigende Beschäftigtenbindung, eine deutlich höhere Attraktivität im Kampf um Arbeitskräfte und eine viel dynamischere Produktivitäts-entwicklung. Dennoch sind wir uns bewusst, dass Arbeitszeitverkürzungen auf breiter Basis nur durch gewerkschaftliche Organisierung und Tarifverträge zu erreichen sein werden. Dabei zeigt die Forschung der gewerkschaftsnahen Hans-Böckler-Stiftung, dass gut 80 Prozent der Beschäftigten die Forderung nach einer Vier-Tage-Woche bei vollem Lohnausgleich teilen – und das generationenübergreifend!

Arbeitszeitverkürzung als Sargnagel oder als Anreiz?

Die Reaktion der Unternehmens-verbände ist so berechenbar wie falsch und bedient die immer gleiche, alte Leier: Arbeitszeitverkürzungen werden zum Sargnagel der deutschen Wirtschaft erklärt – mit den gleichen Argumenten, die schon gegen den 10-Stunden-Tag, die Fünf-Tage- und die 35-Stunden-Woche bemüht wurden. Tatsächlich ist der wirtschaftliche Zusammenbruch Mal um Mal ausgeblieben. Im Gegenteil: Arbeitszeitverkürzungen dienten als Anreiz, Arbeitsprozesse zu optimieren und neue Technologien einzuführen. Im Ergebnis sind wir heute wohlhabender als vor 50 oder gar 100 Jahren und das, obwohl wir kürzer pro Woche arbeiten – Kinderarbeit verboten und ein Rentensystem eingeführt haben.

Eine Frage der Geschlechtergerechtigkeit

Es geht aber nicht nur darum, einen Beitrag zu einer moderneren und produktiveren Wirtschaft zu leisten – und auch nicht allein darum, dass wir mehr Zeit für Erholung und Freizeitaktivitäten wollen. Es ist auch eine grundlegende Frage von Geschlechtergerechtigkeit: Im Schnitt arbeiten Beschäftigte in Deutschland bereits nur um die 30 Stunden die Woche, was durch die rapide Zunahme von Teilzeitbeschäftigung zu erklären ist. Diese wird vor allem von Frauen* geleistet, die so private Sorge-verpflichtungen (Kindererziehung, Pflege von Angehörigen) und Broterwerb unter einen Hut bringen. Die Kosten dieser Sorgearbeit werden ihnen so doppelt aufgebürdet: einmal, weil Teilzeitbeschäftigung auch niedrigere Einkommen zur Folge hat. Und im Alter, da das niedrigere Einkommen auch zu geringeren Rentenansprüchen und damit zu einem deutlich höheren Altersarmutsrisiko führt. Für uns als feministische Partei ist dieser Zustand inakzeptabel. Von einer 30-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich würden Teilzeitkräfte ganz besonders profitieren – und sie bildet eine Grundlage für eine fairere Verteilung von Sorgetätigkeiten im Haushalt.

Eine Verschnaufpause für den Planeten

Arbeitszeitverkürzungen sind auch besser für den Planeten. Die herrschende Wirtschaftspolitik hat im Wesentlichen nur eine Strategie, um den Arbeitsmarkt trotz steigender Produktivität stabil zu halten: Wachstum, Wachstum, Wachstum. Damit die Beschäftigung stabil gehalten werden kann, obwohl pro Stunde immer mehr geleistet wird, muss auch immer größere Warenberge abgesetzt werden. Wir sind davon überzeugt, dass im Zeitalter der Klimakrise die Produktion von immer mehr Schund und Wegwerfartikeln keine nachhaltige Strategie ist. Stattdessen sollte steigende Produktivität in sinkende Arbeitszeiten übersetzt werden – damit die Beschäftigten und auch der Planet mal eine Verschnaufpause bekommen.

- Philipp Frey

Gewerkschaftsratschlag

Gewerkschaften nehmen eine Schlüsselrolle ein in der Arbeitszeitdebatte ein. Die Rosa Luxemburg Stiftung (RLS) hat es sich deswegen zum Ziel gesetzt, Plattformen für den Austausch kämpferischer Gewerkschafter:innen zu schaffen. In diesem Kontext fand am 06. Mai 2023 zum ersten Mal ein Gewerkschaftsratschlag in Karlsruhe statt, zu dem Gewerkschaftsaktive, Wissenschaftler*innen, Aktive in der Streikunterstützung und Interessierte eingeladen waren. Eine zentrale Rolle nahm die Diskussion um neue Arbeitszeitmodelle ein. Daneben ging es aber auch sowohl um Fragen gewerkschaftlicher Tarifpolitik, als auch darum, welche Rolle die «Politisierung» von Arbeitskämpfen und der Aufbau breiter gesellschaftlicher Bündnisse in diesem Kontext spielen.

Auch im nächsten Jahr ist wieder eine Konferenz geplant. Dabei wird der Schwerpunkt auf Arbeiten in der Kommune und der Frage danach, wie Europa kommunales Wirtschaften beeinflusst, liegen. Der Termin wird über die Webseite der RLS-BaWü rechtzeitig bekannt gegeben:
www.bw.rosalux.de

Kämpfen lohnt sich - über das Streikjahr 2023

Die Schere zwischen Arm und Reich wird größer

Niedrige Löhne, prekäre Beschäftigung, Fachkräftemangel. Die Arbeitswelt steht an einem Scheideweg. Während die Arbeitsbedingungen für die lohnabhängige Klasse immer schlechter werden, steigen die Preise durch die Inflation immer weiter. Die Reallöhne sinken, während Superreiche und Konzernbosse in der Coronapandemie und während des Ukrainekrieges Rekordgewinne eingefahren haben. Das Vermögen konzentriert sich in Deutschland radikal auf die Wenigen. Der Staat jedoch zieht sich aus seiner Verantwortung und überlässt das Thema Arbeit mehr und mehr der Marktwirtschaft. Unter den Folgen leidet die lohnabhängige Bevölkerung. Gerade in den nicht produzierenden Bereichen wie dem öffentlichen Dienst und in der Daseinsfürsorge ist der in den letzten Jahrzehnten entstandene Mangel deutlich spürbar. Die Verzweiflung der Angestellten kanalisierte sich im Jahr 2023 daher in großen Streiks.

Dass Arbeitende aus allen Branchen des öffentlichen Dienstes, der Post, dem Nahverkehr und dem Handel auf die Straße gehen, zeigt die Dringlichkeit, mit der die Streikenden um Verbesserungen kämpfen.
Auch Bereiche, die bisher in Streikbewegungen wenig vertreten waren, wie der Gesundheitsbereich, überraschte mit einer starken Bewegung. Die üblichen Versuche der Arbeitgeberseite, die Streikbewegungen und die Streiksolidarität mit negativ beeinflussenden Informationen und politischem Einfluss zu unterdrücken, ging nicht gut auf.

Solidarität mit allen Streikenden!

Denn auch von den Nicht-Streikenden ging mehr Solidarität und Zuspruch aus, als die Streikenden es bisher gewohnt waren. Es ist ein Jahr, das zeigt, dass Menschen, wenn sie sich vereinen, Veränderungen bewirken können. Dass bisher alle Streiks in einer Schlichtung endeten, statt in einem unbefristeten Streik, wie von vielen Beschäftigten gewünscht, zeigt aber doch, dass die Beschäftigten sich und ihre Macht unterschätzen und auch die Gewerkschaften hier noch nicht das nötige Selbstbewusstsein haben. Der Weg zu einer gerechteren Gesellschaft mag steinig sein, doch wenn wir auf das vergangene Streikjahr zurückblicken, wird deutlich, dass eine andere Arbeitswelt möglich ist, wenn die Beschäftigten sich organisieren und zusammenschließen.

"Der Kampf um gute Arbeit ist untrennbar mit der Vision einer gerechteren Zukunft verknüpft." - Franziska Buresch

Gute Arbeit bedeutet nicht nur angemessenere Bezahlung, sondern auch sichere Arbeitsverhältnisse, Chancengleichheit und Mitbestimmung der Arbeiter*innen in Entscheidungsprozessen. Es ist ein Konzept, das auf sozialer Gerechtigkeit, Gleichheit und Solidarität basiert. Der Zusammenschluss in den Betrieben, in den Unis und auf der Straße sind der erste Schritt, um die Interessen der Arbeitnehmer*innen zu erkämpfen. Für uns als LINKE ist klar: Streik ist ein Moment von selbst erfahrenem Klassenkampf, von Bewusstsein für die vergangenen und kommenden Bewegungen. Lust auf Arbeitskampf zu machen, den politischen Streik in das Gespräch zu bringen und die Arbeitenden zu organisieren ist also unsere Aufgabe. In dem Sinne: **2023 war kein Arbeitsjahr, 2023 war ein Streikjahr.** Nehmen wir die Energie und Entschlossenheit der Beschäftigten mit in die kommenden Tarifrunden.

- Christina Zacharias

Revolution oder Quark?

Das Bündnis Krankenhaus statt Fabrik hat die wesentlichen Punkte der angestrebten Krankenhausreform analysiert. Sie sagen: das Eckpunktepapier von Bund und Ländern stellt zwar eine Verbesserung gegenüber den Vorschlägen der Regierungskommission dar, sie beinhalten aber weder die nötige Überwindung des Fallpauschalensystems noch die angekündigte Entökonomisierung der Krankenhäuser. Auf was sich hier geeinigt wurde ist keine Revolution, sondern ein Etikettenschwindel! Krankenhaus statt Fabrik geht in Karlsruhe der Sache im Rahmen einer Podiumsdiskussion mit Politiker*innen, Bündnisparter*innen sowie Beschäftigten aus dem Gesundheitswesen auf den Grund: Was sind die Eckpunkte der

Krankenhausreform und ihre Auswirkungen bundesweit, aber auch für den Raum Karlsruhe? Was bedeutet das für Personal und Patient*innen? Wie stellt sich das Bündnis die Krankenhauslandschaft vor und wie können wir diese Ziele gemeinsam erreichen, bevor das Gesundheitssystem endgültig kollabiert? Um die Veranstaltung, die für Anfang 2024 geplant ist, nicht zu verpassen verfolgt die Aktivitäten des Bündnisses auf Social Media oder der Website.

Das Mietcamp des SDS

Der SDS Karlsruhe (Sozialistisch-Demokratischer Studierendenverband) ist eine am KIT aktive Hochschulgruppe, die der LINKEN nahesteht. Wir engagieren uns auf dem Campus und sind in mehreren Gremien aktiv, unter anderem im Studierendenparlament, im AStA (der generellen Vertretung der Studierenden) und im Senat.
Dort setzen wir uns mitunter für soziale, ökologische und feministische Themen ein.
Daneben veranstalten wir Vorträge und Diskussionsabende oder zeigen Filme im Uni-Kino. Für einen antifaschistischen Themenabend haben wir mit einem Experten über das Aufkommen neurechter Bewegungen im Kontext der Universität diskutiert, oder zusammen mit Maurice Höfgen über progressive Wirtschaftspolitik. Unser wichtigstes Projekt ist das jährliche "Mietcamp", bei dem wir auf die prekäre Situation der Studierenden auf dem Karlsruher Wohnungsmarkt aufmerksam machen, indem wir auf dem Campus zelten.
Das Camp findet seit einigen Jahren regelmäßig statt, verbessert hat sich die Situation seitdem nicht. Das Camp dient sowohl als Notunterkunft für Studierende, die keine Wohnung finden konnten, als auch als Veranstaltungsort. Es gibt Vorträge, Workshops und Diskussionsrunden zum Thema Wohnen, sowie Veranstaltungen zur Klimakrise, Rüstungs-forschung oder Feminismus. Das Camp ist aber auch Treffpunkt und Ort für kreative Aktionen oder zum Entspannen. Tagsüber sind wir ansprechbar für Interessierte und zeigen Präsenz auf dem Campus. Abends schauen wir Filme, machen Musik, kochen gemeinsam und tauschen uns aus. Der SDS bietet ein bundesweites Netzwerk an Gruppen, mit denen wir im Austausch stehen. Mindestens einmal im Semester gibt es einen Bundeskongress, an dem alle Gruppen zusammenkommen und über aktuelle Themen diskutieren.

Der SDS trifft sich jeden **Montag um 18 Uhr im Studierendenzentrum Z10** – Interessierte und Studierende sind herzlich eingeladen! Informationen findet ihr unter: www.sdska.noblogs.org

Ist Karlsruhe ein sicherer Hafen?

Im Februar 2019 beschloss der Karlsruher Gemeinderat mit den Stimmen von LINKE, SPD, Grünen und KULT, dass Karlsruhe ein sicherer Hafen sei und freiwillig in Seenot geratene Geflüchtete aufnehmen will. Mit dem Beschluss schloss sich Karlsruhe der Seebrücke an. Davon ist nicht viel übriggeblieben. Der Protestschrei gegen die immer stärkere Abschottung Europas vor Geflüchteten an den Außengrenzen oder gegen die weitere Verschärfung des Asylrechts blieb von den lokalen SPD- und Grünen"größen" aus. Es sind halt ihre Parteien in der Regierung. Ihre Karlsruher Abgeordneten übten keine Kritik an der deutschen Unterstützung der GEAS-Verordnung. Damit können Geflüchtete über längere Zeit in Lagern an den EU-Außengrenzen inhaftiert oder gleich zurückgestoßen werden. So wird Unrecht zu Recht, das Recht auf Asyl weiter eingeschränkt. Dazu gehören auch die Verträge mit den Diktatoren im Mittelmeerraum.
OB Frank Mentrup ist Präsident des Städtetages Baden-Württemberg und im Präsidium des Städtetages Deutschland. Wie wäre es mit einem Ruck in die Richtung Menschlichkeit, Asylrecht, „sicherer Hafen"? Wie wäre es mit einer entschlossenen Kritik der Abschiebepolitik der grün-schwarzen Landesregierung, die immer größere Ausmaße annimmt?
DIE LINKE hat sich eindeutig für das uneingeschränkte Recht auf Asyl und für die Unterstützung Geflüchteter sowie gegen die Abschottung Europas positioniert. Das drückt DIE LINKE in der Kandidatur von Carola Rackete und Özlem Demirel auf den Plätzen zwei und drei ihrer Liste zu den Europawahlen aus. Carola Rackete hat als Kapitänin der Sea-Watch 3 Geschichte geschrieben, als sie nach wochenlangem Warten 53 aus Seenot gerettete Menschen gegen den Willen der italienischen Regierung in den Hafen von Lampedusa brachte. Rackete ist auch Aktivistin in der Umwelt- und Klimapolitik. Özlem Demirel ist Europaabgeordnete. Zu ihren Schwerpunkten gehören Menschenrechts- und Asylpolitik. Dafür streitet sie unermüdlich. Gemeinsam Michel Brandt, unserem früheren Bundestagsabgeordneten, war sie an der griechisch-türkischen Grenze. Dort protestierten sie gegen das EU-Abkommen mit der Türkei und die Pushback-Aktionen der griechischen Grenzpolizei.
Alles Gründe, DIE LINKE zu wählen, kommunal und für Europa.

- Rudolf Bürgel

Solidarität statt rechter Hetze!

Erich Kästner mahnte: „Die Ereignisse von 1933 bis 1945 hätten spätestens 1928 bekämpft werden müssen. Später war es zu spät. **Man darf nicht warten, bis aus dem Schneeball eine Lawine geworden ist.** Man muss den rollenden Schneeball zertreten."
Die Frage, wann der und die Letzte gegen die NSDAP in den offenen Widerstand hätte gehen müssen, ist eine wichtige Lektion, die mit Millionen von Menschenleben bezahlt wurde. Die meisten Historiker*innen sind sich einig, dass der Widerstand gegen die Nazis viel früher und entschiedener hätte beginnen müssen. Heute, im Angesicht des Aufstiegs der rechtsextremistischen Alternative für Deutschland (AfD), müssen wir endlich aus der Geschichte lernen.

Das Erstarken der AfD - die letzte Chance auf Demokratie?

In den letzten Jahren hat die AfD in der politischen Landschaft eine erschreckende - aber auch bemerkenswerte - Stärke erlangt. Angesichts ihrer zunehmend radikalen Rhetorik und ihren offen faschistischen Elementen drängt sich eine Frage auf: Wann ist die letzte Chance der Demokrat*innen, den Einfluss der AfD einzudämmen und eine offen rechte Regierung zu verhindern? Höcke hetzt heute schon beim Sommerinterview des MDR, dass nur "gesunde Gesellschaften gesunde Schulen" hätten. Wann können wir also noch verhindern, dass Kinder mit Behinderungen von Regelschulen ausgeschlossen werden, wann die NS-Verharmlosung aufhalten, wann abwenden, dass Geflüchtete nicht mehr als Menschen zweiter Klasse behandelt werden?

Die Stärke des Rechtsruck oder die Schwäche der Frustration

Rechte Krisenlösungen scheinen simpel zu sein - es wird ein einfacher Gegner gezeichnet und dadurch eine Entsolidarisierung und Spaltung vorangetrieben. Aber wer darin die einzigen Gründe für das Erstarken der AfD sucht, macht es sich zu leicht. Die regierenden Parteien schaffen mit neoliberaler Spar- und Konkurrenzpolitik Ungerechtigkeit und ebnen den Weg für dieses Erstarken. Währenddessen erreicht die linke Opposition zu wenige Menschen – sowohl Parteien als auch Bewegungen scheitern bisher daran, klare und überzeugende Botschaften mit Substanz wirksam aufzubereiten.

Was tun, bevor Höcke Kanzler wird?

Für die tiefgreifenden Probleme unserer Gesellschaft braucht es radikale, aber demokratische Lösungen. Der wirkungsvollste Weg, die AfD und andere rechte Brandbeschleuniger zu bekämpfen, kann also nur sein, **eigene Überzeugungen und Visionen klar und deutlich zu kommunizieren**. Rechte schüren Ängste und Vorurteile. Am Besten lassen sich Menschen vor dieser Masche durch erlebte Teilhabe und Selbstwirksamkeit schützen. Die Menschen müssen in der politischen Debatte vorkommen. Wenn sie das Gefühl haben, ihre eigene Zukunft mitgestalten zu können, sind sie weniger anfällig für populistische Versprechen. So kämpfen wir gleichzeitig gegen den Faschismus und bewirken dabei eine gerechtere Gesellschaft.
Emanzipieren wir uns, die Menschenfeindlichkeit zu erkennen – nehmen wir uns die Werkzeuge an die Hand, uns gegen rechte Propaganda zu wehren. Es bleibt dabei: **Rechte Parteien machen nie soziale Politik.** Sie machen Politik für Reiche und Konzerne.
Um dem Entgegenzutreten, organisieren wir uns in der Partei DIE LINKE, in Gewerkschaften und in Bewegungen, um uns den Rückhalt zu holen, den wir dafür brauchen!

- Marcel Bauer & Christina Zacharias

Armut bekämpfen, soziale Spaltung überwinden

Im Jahr 2021 war jede sechste Person in Deutschland armutsgefährdet. Um diesem Trend entgegen zu treten, wollen wir die Umverteilung des Reichtums von oben nach unten. Nicht als milde Gabe der Reichen, sondern weil der Reichtum, den alle erwirtschaftet haben, ungerecht verteilt ist. Zu diesem Thema veranstaltet DIE LINKE in Karlsruhe am **2. Dezember** ab 11:00 Uhr eine **Landesarmuts-konferenz im DGB-Haus**. Dabei wird sowohl die fortschreitende Verschärfung der Armutslage in Baden-Württemberg und Deutschland thematisiert, als auch politisch Maßnahmen und Forderungen entwickelt. Besonders freuen wir uns über die Zusagen von **Gökay Akbulut** (Abgeordnete des Bundestages, die Linke) und **Dr. Ullrich Schneider** (Hauptgeschäftsführer des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes). Wir wollen gemeinsam mit Sozialverbänden, Gewerkschaften und der in diesen Bereichen tätigen Aktivist*innen, Verbände und Organisationen die Maßnahmen zur Bekämpfung der Armut diskutieren.

„...und wer soll das alles bezahlen?"

Wir werden oft gefragt: „Euer Programm, eure Ideen finde ich gut, wer soll das aber alles bezahlen?"
Für uns steht fest, in einem reichen Land sollte kein Mensch in Armut leben müssen. Geld ist genug da, es ist nur ungerecht verteilt! Denn während wir um das absolute Minimum kämpfen, meldet die Deutsche Börse neue Rekorde. In diesem Jahr werden Konzerne so hohe Dividenden ausschütten wie nie zuvor – fast 75 Milliarden Euro! Und die Konzerne sind in den Händen der Reichen. Kein Wunder, dass die reichsten zehn Prozent zwei Drittel des Vermögens besitzen, die untere Hälfte aber nur rund ein Prozent. Allein die sechs reichsten Milliardär*innen in Deutschland besitzen so viel wie die unteren 40 Prozent.
Die Reichen werden reicher, während die Inflation die Gehälter der Beschäftigten auffrisst.
Wenn wir also feststellen müssen, dass die Schere zwischen Arm und Reich immer weiter aufgeht, wenn das Einkommen kaum zum Leben reicht, dann stellt sich die Frage, wie können wir das ändern? Unsere Antwort lautet daher: **Wir wollen Umverteilen.**

Einerseits bei der Finanzierung der nötigen Daseinsvorsorge und den nötigen Zukunftsinvestitionen, anderseits bei der Verteilung der Steuerlasten. Steuergerechtigkeit heißt, wer viel hat, soll auch viel zahlen. Wir wollen wieder eine **Vermögenssteuer** und wie in anderen europäischen Staaten eine **Übergewinnsteuer**.
Mit der Politik der „schwarzen Null" kann die Kommune bei ihrer mangelnden finanziellen Ausstattung und immer neuen übertragenen Aufgaben schwer haushalten. Würden aber Bund und Länder ihren gesetzlichen Aufgaben bspw. im

Wohnungsbau, der Pflege, der Bildung oder dem Ausbau des Öffentlichen Nahverkehrs nachkommen, dann sähe es schon anders aus.
Doch mit der Drohung, dass der Karlsruher Haushalt keine Genehmigung vom Regierungspräsidium bekommen würde, werden Sparmaßnahmen in sozialen und kulturellen Bereichen durchgezogen.
Am einfachsten können Kürzungen im Sozialbereich und Erhöhung von Gebühren für Inanspruchnahme von kommunalen Angeboten der Daseinsvorsorge durchgezogen werden. Erhöhungen von KiTa-Gebühren um 30 Prozent sind unsozial!

Es ist höchste Zeit umzusteuern!

Unsere Gesellschaft muss dringend Umsteuern und die zur Verfügung stehenden Ressourcen nicht weiter zur Mehrung des Reichtums einiger Weniger, sondern zur **Verbesserung der Lebensrealität** von allen zu nutzen.Davon zu sprechen, dass wegen der Verantwortung gegenüber zukünftigen Generationen jetzt der Gürtel enger geschnallt werden soll, ist zynisch. Davon profitieren im Wesentlichen Leute mit prallem Geldbeutel.
Ebenso zynisch ist die Aussage, man müsse Standards reduzieren – denn dies gilt nicht für große Prestigeprojekte. Ohne Konsequenzen für verantwortliche Planer wurden und werden Projekte wie Kombilösung, Stadion oder Stadthalle durchgezogen, deren Kosten sich verdoppeln, verdreifachen oder mehr. Nicht nur, dass der Gemeinderat bei seinen Entscheidungen keine korrekten Daten vorliegen hatte, vielmehr sind die Folgekosten für den Stadthaushalt immens.
Doch die Liste der notwendigen Maßnahmen ist lang und darf nicht unter der Profilierungslust der Stadt leiden.

"Die schlechte Finanzlage der Stadt beruht in großem Maße auf den immensen Kosten dieser reinen Prestigeprojekte, deren Finanzierung für den Gesamthaushalt im Vorfeld immer wieder schöngeredet wurde. "
- Anne Berghoff

Nötig sind jetzt Zukunftsinvestitionen in Bildung und Ausbildung, in den sozialen Wohnungsbau, in ein gutes Gesundheits- und Pflegesystem, in einen gut ausgebauten und für die Nutzer kostenfreien ÖPNV, in Maßnahmen zur Klimaneutralität, in Kultur und ein würdevolles Leben im Alter. Für eine lebenswerte Stadt für alle, jetzt und in Zukunft!

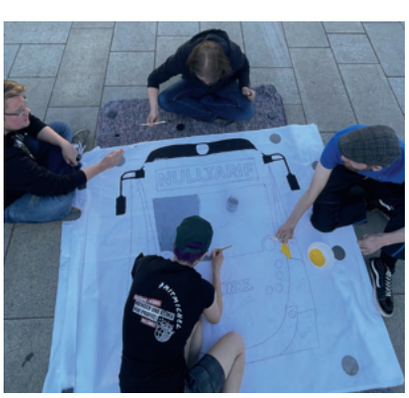
Rudolf Bürgel &
Christina Zacharias

Misch dich ein!

In dieser Zeitung finden sich viele gute Gründe, sich für mehr soziale Gerechtigkeit, Klimaschutz, Frieden, bezahlbaren Wohnraum und gegen Nazis zu engagieren. Denn sozialer Fortschritt wird immer erkämpft und es hat sich gezeigt, wer eine Welt für alle will, muss sie den Reichen entreißen!
Wir wollen gemeinsam mit und nicht nur für Menschen Politik machen. Eine demokratische Partei wie DIE LINKE., die auch keine Parteispenden annimmt, lebt mit ihren Mitgliedern. Nur wenn viele sich einbringen und engagieren ändert sich was! Es gibt zahlreiche Möglichkeiten, bei uns mitzumachen.

Unsere Liste für die Kommunalwahl 2024

1. Franziska Buresch
2. Christina Zacharias
3. Anne Berghoff
4. Tanja Kaufmann
5. Serena Schmidt
6. Jürgen Ringwald
7. Anna Frey
8. Johannnes Schmidt
9. Mathilde Göttel
10. Philipp Frey
11. Leyla Duran
12. Elwis Capece
13. Alexandria Dritschler
14. Wolfgang Opferkuch
15. Ayla Schlegel
16. Rudolf Bürgel
17. Sabine Skubsch
18. Moritz Tremmel
19. Karin Binder
20. Sebastian Becker
21. Anete Wellhöfer
22. Roland Zöller
23. Sabine Zürn
24. Maximilian Hennecke
25. Serap Soenmez
26. Jean-Paul Marienfeld
27. Sibylle Nies de Alva
28. Alexander Dürrhauer
29. Julie Bürkle
30. Sascha Gruber
31. Miriam Dieterich
32. Matteo Foschi
33. Silke Falk
34. Andreas Hensel
35. Franziska Bauer
36. Gerhard Lembach
37. Ilayda Kohl
38. Daniel Wlostowski
39. Isabel Limerov
40. Maurice Knaus
41. Alena Schmitt
42. Klaus Krug-Beutner
43. Silke Gilliard
44. Daniel Öffner
45. Edith Ringwald
46. Nicolas Herrmann
47. Monika Bischof
48. Dr. Gregor Klein



DIE LINKE.
Kreisverband Karlsruhe

www.dielinke-ka.de

Schützenstraße 46, 76137
Telefon: 0721 - 35 48 93 42
Email: info@dielinke-ka.de
Facebook: fb.com/dielinkekarlsruhe
Instagram: /dielinkekarlsruhe
Twitter: @dielinke_KA

V.i.S.d.P.: Franziska Buresch, Schützenstraße 46, 76137 Karlsruhe

Du willst aktiv werden?

Dann komm doch zu unseren Aktiventreffen! Wir treffen uns jeden 1. und 3. Dienstag im Monat um 18:30 Uhr im Büro in der Schützenstraße 46. Dafür musst du kein Parteimitglied sein - wenn du es aber trotzdem werden willst, freut uns das natürlich sehr!
Oder melde dich bei unserem Verteiler Linksaktiv an. Hier informieren wir Dich über wichtige Termine und Ereignisse.
Wir freuen uns auf Dich! Gemeinsam machen wir das Land gerecht.

Informiere dich

Linksaktiv - Unser Aktivennetzwerk für Proteste auf der Straße, im Netz und im Wahlkampf

Werde Mitglied

Eine solidarische und lebenswerte Gesellschaft entsteht dann, wenn wir uns gemeinsam einbringen und wir gerade in der heutigen Zeit rechten Hetzer*innen nicht das Feld überlassen!